

Pressemitteilung 03/2023 vom 26.02.2023

Bürgerinitiative *Lebenswertes Rügen* - Gutsanlage Frankenthal - 18573 Samtens

www.lebenswertes-ruegen.com - info@lebenswertes-ruegen.com



Rügen wehrt sich gegen LNG-Pläne

Rügen/Baabe. Auf der Großdemonstration im Ostseebad Baabe haben sich heute über 2.500 Menschen zusammengefunden, um gegen die LNG-Pläne des Bundes zu protestieren. Vertreter von Bürgerinitiativen und Vereinen, der Tourismusbranche, von Fridays for Future und der Kommunalpolitik sprachen sich geschlossen gegen den Bau von LNG-Terminals vor Rügens Küste aus. Die Botschaft an die Bundespolitik ist unmissverständlich: Kein LNG vor Rügen, weder im Greifswalder Bodden noch vor den Ostseebädern oder in Mukran!“

Stefanie Dobelstein, Sprecherin der Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen, erklärte, dass die Bürgerinitiative angetreten ist, um sich gegen Mega-Projekte auf der Insel zu wehren. Das LNG-Vorhaben gehöre dazu. Sie begrüßte, dass sich 34 Bürgermeister*innen dem Protest der Bürgerinitiativen, Naturschutzverbänden und der Touristiker angeschlossen haben und mit ihrer Petition ein klares Signal setzen. „Die Insel muss für Einwohner und Touristen lebenswert bleiben. Sie darf weder durch Megabauvorhaben, noch durch den aktuellen LNG-Wahn zerstört werden. Wir sind dialogbereit, kämpfen jedoch dafür, dass Interessen des Naturschutzes und der Menschen nicht auf der Strecke bleiben“, sagte die Rügänerin.

„Wir lassen uns von niemanden einlullen. Die Menschen von Rügen wollen diesen nachgewiesenen Irrsinn vor ihrer Küste nicht und wir haben ein Recht darauf, dass das akzeptiert wird“, sagte Nadine Förster, Mitbegründerin der Bürgerinitiative Lebenswertes Göhren. Sie machte klar: „Demokratie muss gelebt, darf nicht nur gepredigt werden. Wir fordern, dass nicht über unsere Köpfe hinweg entschieden wird.“ Es gehe schließlich um unsere Heimat, so Förster.

Für Fridays for Future forderte Malte Paschirbe von den Entscheidungsträgern, auf die Errichtung dieser LNG-Terminals zu verzichten. „Die Bundesregierung legt leider noch immer Wert darauf, eine Technologie zu subventionieren, welche nicht zukunftsfähig ist und in die nächste Sackgasse oder Abhängigkeit führt“, so der Gymnasiast. Er appelliert: „Lasst es uns verhindern, bevor es zu spät ist. Rügen gegen LNG!“

Wolfgang Kannegießer, Vorsitzender des Dehoga-Regionalverbandes Rügen, verwies auf die Folgen von LNG für Rügens Unternehmen: „Der Werteverlust der tourismusorientierten Unternehmen ist nicht abzusehen.“ Wenn LNG kommt, erleiden alle touristischen Unternehmer, Dienstleister und die maritime Branche einen enormen Schaden. Es wurden Milliarden in den Tourismus auf Rügen investiert, deren Rückzahlung bei einem Einbrechen der Besucherzahlen nicht mehr möglich ist. Arbeitskräfte müssten freigesetzt werden. Ein gefahrenfreier Aufenthalt an der am meisten frequentierten Küste wäre dann nicht mehr sicher, so Kannegießer.

Die kritische Position der Naturschutzverbände zum „Ostsee-LNG“ inmitten sensibler Meeresschutzgebiete machte Marlies Preller deutlich: „Die jetzt in Auslegung befindliche Ostsee-Anbindungsleitung OAL soll in zwei EU-Vogelschutzgebiete und mindestens zwei

FFH-Gebiete eingreifen. Damit sind irreparable Schäden u.a. an geschützten Meeres-Lebensräumen und der Vergrämung vieler gefährdeter Arten verbunden. Allein bis zu 130.000 Bergenten halten sich in den Schutzgebieten auf, die durch Lärm, Schiffsbewegungen und Sedimentaufwirbelungen einem fortwährenden Stress ausgesetzt sind. In den Antragsunterlagen findet man dazu, dass sie ja nicht sterben, sondern weiter wegfliegen können.“ Das ist ebenso wenig zu tolerieren wie der erneute Eingriff in den unter EU-Schutz stehenden Greifswalder Bodden, das Hauptlaichgebiet des westlichen Herings, so die Geschäftsführerin des NABU Rügen.

Die Kommunalpolitikerin von der Wählergemeinschaft für Rügen, Carmen Kannegießer, machte deutlich, dass es auch um die Gesundheit der auf Rügen lebenden Menschen und ihrer Gäste gehe. „Was wird aus den Kurkliniken? Können sie ihre Aufgaben noch erfüllen? Was wird aus den Mutter-Kind-Kliniken, die sich auf Mönchgut in der Sicherheits- bzw. Evakuierungszone befinden? Werden die Kassen sie noch finanzieren? Ist es diesen Familien zumutbar, sich in solchen gefährdeten Zonen mit Kindern aufzuhalten?“, fragt die Ärztin besorgt. Kannegießer: „Wie kann es sein, dass die Regierung solche überstürzten Pläne eines Energiegiganten zulässt, zumal Experten bestätigen, dass es gar keine Gasmangellage mehr gibt und geben wird.“

Die Bürgerinitiative ist 2021 gegründet worden, fordert die Einberufung eines „Inselrates Rügen/Hiddensee“ und hat die „Küstenallianz entlang der Ost- und Nordseeküste“ initiiert.

Weitere Informationen unter:

www.lebenswertes-ruegen.com

<https://www.lebenswertes-ruegen.com/kein-lng-vor-ruegen/>